Calwer Tagblatt

Nr. 193. | Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. | 97. Jahrgang

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile Mk. 3.50 Reklamen Mk. 10 — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Montag, den 21. August 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 84.— vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 84.— mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die erneut aufgenommenen Verhandlungen zwischen Vertretern der bayrischen und Reichsregierung über die Gesetze zum Schutze der Republik sind unter der Leitung des Reichspräsidenten zum Abschluß gebracht worden. Die Beschlüsse unterliegen nun wiederum der Prüfung seitens des bayrischen Kabinetts und der Koalitionsparteien.

*

Die Anwesenheit des englischen und französischen Vertreters der Reparationskommission in Berlin gibt der alliierten Presse Anlaß zu mancherlei Kombinationen. Während die englischen Zeitungen sich optimistisch gebärden, und der Hoffnung Ausdruck geben, daß jetzt das Reparationsproblem auf eine vernünftigere Grundlage gestellt werde, nämlich die der Aussprache mit Deutschland und der Anpassung an seine Leistungsfähigkeit, wird in Paris an dem seitherigen Drohsystem festgehalten; eine halbamtlich zu beurteilende Meldung besagt nämlich, daß Frankreich zur Gewährung eines Moratoriums nur bereit sei, wenn es entsprechende Pfänder erhalte. Würden diese Pfänder von der Mehrheit der Reparationskommission nicht gutgeheißen, so erhalte Frankreich seine Handlungsfreiheit wieder. Das soll natürlich heißen, daß die Franzosen im Falle der Ablehnung ihrer Forderungen auf eigene Faust sich ihre „Pfänder" sichern wollen, trotzdem sie an einen Mehrheitsbeschluß der Reparationskommission rechtlich gebunden wären. Aber die andern Alliierten haben sich bisher von Paris jede Mißachtung ihrer Auffassung gefallen lassen, daß an einen ernsthaften Widerstand auch in diesem Falle wohl kaum zu denken wäre. Der heute sehr spärlich gehaltene Frühdienst aus Berlin bringt keinerlei Kommentare über den Gang oder die etwaigen Aussichten der Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern Frankreichs und Englands.

Die Reparationsfrage im neuen Fahrwasser?

* Die Londoner Konferenz, die zum Zwecke der vorläufigen Regelung der Reparationsfrage einberufen worden war, ist gescheitert, da die von den Franzosen aufgestellten Forderungen von den andern Alliirten niecht gbilligt worden waren. Die Franzosen hatten als Gegenleistung für das von Deutschland gewünschte Stundungsgesuch bezüglich der Ausgleichszahlungen sog. „produktive", d. h. direkt einträgliche Pfänder verlangt, wie die staatlichen Bergwerke und Forsten im Rheinland, die Bergwerke im Ruhrgebiet und die „Beteiligung" an der deutschen chemischen Industrie, außerdem auch die Einführung von Zöllen an der Rheingrenze. Alle diese Forderungen bezweckten die weitere wirtschaftliche Durchdringung des Rheinlands seitens der Franzosen mit der klar verfolgbaren Absicht der allmählichen Einstellung der Interessen des Rheinlands auf die französische Wirtschaft und damit auf die Abtrennungspolitik Poincaré's. Gleichzeitig mit diesen Forderungen war durch die bekannten Helfershelfer im Rheinland eine neue „Autonomie"-Bewegung eingeleitet worden, die vornehmlich die derzeitigen Auseinandersetzungen zwischen Berlin und München benützte, um die Vorteile eines Anschlusses des Rheinlandes an Frankreich besser in Erscheinung treten zu lassen. Gegenüber dieser aufs Ganze gerichteten Gewaltpolitik Frankreichs traten die anderen Alliierten nur für die 26prozentige Abgabe aus der deutschen Ausfuhr und die Zolleinnahmen am Rhein ein, da sie sich von den „produktiven" Pfändern keine entsprechenden Einnahmen versprachen. Da inzwischen der Termin für die Ausgleichszahlungen herangekommen war und Deutschland nur entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zahlte, so begann Frankreich mit Erpressungsmaßnahmen, indem es einmal die Bearbeitung der Entschädigungsforderungen des im Kriege beschlagnahmten deutschen Privatkapitals aufhob und zum andern deutsche Staatsangehörige aus Elsaß-Lothringen auswies, und gleichzeitig ihr Vermögen bis auf einen geringen Bruchteil konfiszierte, auf deutsch: raubte.

So standen die Dinge am Freitag. Am Samstag sind nun überraschenderweise Nachrichten aus Paris, London und Rom verbreitet worden, daß Vertreter der alliierten Regierungen sich nach Berlin begeben würden, um sich dort über die finanzielle Lage Deutschlands zu unterrichten und sich Unterlagen über die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu besorgen, damit möglichst schnell das Gesuch der deutschen Regierung nach einer Stundung der Ausgleichszahlungen beantwortet werden könne. Bekanntlich war in London beschlossen worden, der Reparationskommission die Beantwortung des deutschen Stundungsgesuchs zu übertragen, und nun teilt die englische Regierung mit, daß die alliierten Regierungen, nach Kündigung des Ausgleichsabkommens, einzeln mit der deutschen Regierung über die Zahlungen verhandeln, und das Ergebnis der Verhandlungen der Reparationskommission zur Einverständniserklärung unterbreiten wollen. Die Bezahlung der auf 15. August fälligen Ausgleichsleistungen von 2 Millionen Pfund soll erst in vier Wochen gefordert werden, sodaß wir jetzt eine Atempause hätten. Zugleich mit den französischen und englischen Meldungen stellte die französische Presse aller Richtungen plötzlich Betrachtungen an über die Notwendigkeit (!), die Reparationsfrage mit Hilfe direkter deutsch-französischer Abmachungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu regeln. Ob diese neue Auffassung innerhalb der öffentlichen Meinung Frankreichs, die bei ihrer Plötzlichkeit und Übereinstimmung selbstverständlich nur auf Informationen am Quai d'Orsay zurückzuführen ist, ehrlich gemeint ist, das werden wir erst sehen, wenn wir die Verhandlungsgrundlagen kennen lernen, die Frankreich dann bekannt geben müßte. Vorerst haben wir keinen Grund, optimistisch zu sein, denn aus Paris wurde gemeldet, daß die Franzosen hoffen, Deutschland werde gutwillig (!) die Pfänder (!) und Garantien bewilligen, ohne die die französische Regierung einem Moratorium nicht zustimmen könne. Wenn es sich um die alten, oben skizzierten Forderungen handeln würde, so weiß doch Herr Poincare, daß wir uns dazu noch weniger freiwillig hergeben würden als die Vertreter seiner Bundesgenossen. Die Frage der nächsten Tage und Wochen ist nun die, wurden in London die Einzelverhandlungen mit Deutschland beschlossen, um Frankreichs moralische Niederlage zu bemänteln, und ihm Gelegenheit zur Mäßigung seiner Forderungen zu geben, oder aber wollten die anderen Alliierten angesichts der unnachgiebigen Haltung Poincares die Verantwortung für die Folgen dieser Katastrophenpolitik nicht übernehmen. Diese letztere Möglichkeit würde allerdings die schwersten Komplikationen außenpolitischer Natur in Aussicht stellen, und eine solche Haltung der Alliierten wäre gleichbedeutend mit dem Benehmen Amerikas, das nach der Niederwerfung Deutschlands sich plötzlich zurückzog, weil Wilson seine gemäßigten Friedensbedingungen angeblich nicht durchzudrücken vermochte. Mit anderen Worten, die Alliierten würden dann den billigen Standpunkt des Pilatus einnehmen, der einfach dem Verbrechen seinen Lauf ließ, ohne sich die Mühe möglichen Widerstandes zu nehmen.

Die außenpolitische Krisis ist heute auf einem Kulminationspunkt angelangt, von dem aus eine Entscheidung, wenn auch nur auf Monate hinaus sich entwickeln muß. Es wird sich in diesen Tagen zeigen müssen, ob die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth angesichts der französischen Sabotage an diesem Werke zusammenbrechen wird, oder ob sie uns doch infolge ihrer Zähigkeit zu einigermaßen erträglichen Beziehungen zu unsern Gegnern mit der Zeit führen kann. Angesichts unserer militärischen Ohnmacht gab es für uns nach dem Zusammenbruch und dem Versailler Diktat, zwei Möglichkeiten. Entweder wir lehnten das Diktat und später ebenfalls die ungeheuerlichen finanziellen und wirtschaftlichen Reparationsforderungen ab, auf die Gefahr der Abtrennung des Rheinlandes, der Besetzung des Ruhrgebiets, und der schließlichen Zertrümmerung der deutschen Einheit, oder wir versuchten, in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit das Unerfüllbare zu erfüllen, oder vielmehr die Unerfüllbarkeit durch Tatsachen zu beweisen. Diese Tatsachen sind nun vorhanden. Wie können zahlenmäßig gewaltige Reparationsleistungen nachweisen, wir können nachweisen, daß unter der Einwirkung dieser Zahlungen und unter den trotzdem fortgesetzten französischen Drohungen die deutsche Finanz- und Volkswirtschaft auf einen bisher unerhörten Standpunkt gelangt ist. Zwar behauptete Herr Poincare, das sei deutsche Mache, aber die von Frankreich verlangte Feststellung des bösen Willens Deutschlands hat weder das Garantiekomitee noch die Reparationskommission machen können.

Wir hätten also die erste Etappe der auf lange Sicht eingestellten Erfüllungspolitik erreicht, mit dem Zugeständnis der Mehrzahl der Alliierten, daß wir eine Ermäßigung der Reparationsleistungen brauchen, und weiterhin eine internationale Anleihe, auf Grund deren die deutsche Finanz- und Volkswirtschaft etwas von den Lasten der Reparationen befreit werden könnte. Die daraufhin abzielenden Verhandlungen sind aber fraglos seither deswegen gescheitert, weil Amerika sich bis jetzt noch nicht bereit erklärt hat, Frankreich inbezug auf seine Kriegsschulden entgegenzukommen. Deshalb ist wohl auch die Londoner Konferenz wieder auseinandergegangen, um das immer noch in der Schwebe befindliche Problem der alliierten Kriegsschulden vorher zu lösen, ehe man zu endgültigen Entscheidungen über die etwaige Herabsetzung der Reparationsleistungen und im Zusammenhang damit die internationale Anleihe für Deutschland schreitet.

Selbstverständlich gehen bei den politischen Auseinandersetzungen der Alliierten auch andere große Fragen nebenher, die natürlich die jeweiligen Entscheidungen ebenfalls zu beeinflussen geeignet sind. Die scharfe Abweisung der Forderungen Poincare's durch Lloyd George hat, wenn auch nicht zu einer grundsätzlichen, so doch zu einer vorübergehenden Störung der englisch-französischen Beziehungen geführt, aus der sofort das alte Spiel Poincare's entsprang, scheinbare Verständigungsversuche mit Rußland anzubahnen, indem man einem etwas fortschrittlich gesinnten Abgeordneten zur Aufnahme direkter „wirtschaftlicher" Verhandlungen nach Moskau sandte. Dieser Schachzug Frankreichs dürfte aber noch eine andere Bedeutung in der Richtung haben, daß man die russisch-türkischen Beziehungen, die den Alliierten sehr unangenehm sind, vielleicht dadurch zu verfolgen Gelegenheit nehmen will, denn die Orientfrage scheint infolge der aktiven Politik der türkischen Nationalisten einerseits, die den ganzen Orient und Vorderasien für sich gewonnen haben, und der durch die Entente verschuldeten griechischen Abenteuerpolitik in Kleinasien heute komplizierter als je. Wir werden in den kommenden Tagen und Wochen über alle diese Dinge wohl manche Aufklärung erhalten, für uns gilt aber in dieser Zeit als geschlossener Einheitsstaat nach außen hin aufzutreten, indem alle Kreise und Parteien die Reichsregierung auf ihrem durch das Stundungs- und Anleihegesuch eingeleiteten Wege zu dem Ziele dem Durchbrechung der französischen Erpressungs- und Ausbeutungspolitik unterstützen.

D. S.

*

Zum Aufenthalt der Mitglieder der Reparationskommission in Berlin

London, 19. Aug. Zu der Entsendung Bradburys und Mauclères nach Berlin meldet die „Times" aus Paris, trotz der Haltung eines Teils der französischen Presse trete in Paris ein versöhnlicher Geist zutage, so auch bei dem französischen Teil des Entschädigungsausschusses. Es sei aber wohl zu verstehen, daß es für Poincarés Stellung gefährlich sei, den Anschein zu erwecken, als gebe er nach. Es sei ein offenes Geheimnis, daß Vorschläge über neue Garantien nicht nur von Seiten der britischen, sondern auch der französischen Abordnung erfolgt sind. Den sensationellen Ueberschriften in der französischen Presse betr. eine mögliche Besetzung des Ruhrgebietes innerhalb 48 Stunden, sowie über Pläne über eine Beschlagnahme der deutschen Bergwerke und Wälder brauche keinerlei übertriebene Bedeutung beigemessen zu werden.

Berlin, 21. Aug. Wie die Morgenblätter berichten, sind die beiden Mitglieder der Reparationskommission, Bradbury und Mauclères gestern abend in Berlin eingetroffen. Bradbury hatte sogleich eine längere Besprechung mit dem hiesigen englischen Botschafter. Heute vormittag werden die beiden Abgesandten der Reparationskommission vom Reichskanzler Dr. Wirth empfangen werden. Daran werden sich Besprechungen mit den Ressortministern anschließen, je nachdem, welches Spezialgebiet die Fragen betreffen werden, die die Reparationskommission stellt.

Frankreich verlangt unentwegt seine „Pfänder" für ein Moratorium.

Paris, 20. Aug. Zur Reise der beiden Delegierten der Reparationskommission nach Berlin, schreibt „Petit Parisien", offenbar beeinflußt: Wir glauben, bestätigen zu können, daß, wenn eine zugunsten eines Moratoriums getroffene Entscheidung nicht die von Frankreich verlangten Pfänder enthält, wenn sie im Gegenteil Kompromisse in sich schließt, die vom französischen Stundpunkt als unannehmbar angesehen werden, sich die französische Regierung für berechtigt halten wird, demgemäß zu handeln.

Eine englische Stimme zur Lage.

London, 18. Aug. In einem Leitartikel schreibt die „Times", man könne die Haltung Deutschlands beurteilen wie man wolle, der Sturz der Mark sei symptomatisch für den Prozeß, der nicht fortdauern dürfe. Die Tatsache allein, daß die Reparationskommission nach einem Kompromiß und nach Gründen einer Verschiebung des ganzen Problems suche, sei ein hoffnungsvolles Zeichen, das bedeute vor allem, daß Frankreich fest entschlossen sei, nicht selbständig vorzugehen. Der Berichterstatter der „Times" schreibt über die angestrengten Bemühungen, die unternommen werden, um die Reparationskommission in Stand zu setzen, einen Weg aus dem Reparationsdurcheinander zu finden. Man sei ernstlich auf der Suche nach einem Kompromiß. Die Lage scheine jedenfalls keineswegs so hoffnungslos wie noch vor 24 Stunden. An einer etwaigen neuen Konferenz dürften auch die beiden Länder teilnehmen, die an dieser Nachkriegskonferenz bisher nicht beteiligt waren: Deutschland und Amerika. Deutschland, das ohne seine Schuld von der Konferenz ausge-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

schlossen worden sei, müßte an einer etwaigen Konferenz im Herbst gleichberechtigt mit den anderen Nationen teilnehmen, denn Deutschland sei sicherlich eine interessierte Partei bei dem Versuch, eine umfassende Lösung zu finden. Man hoffe, daß die Vereinigten Staaten es nicht ablehnen würden, auf einer Konferenz vertreten zu sein, wo die Finanzen der Welt ernstlich erörtert würden. Ohne Deutschland und die Vereinigten Staaten müßte der Plan einer Zusammenkunft im Herbst fallen gelassen werden.

Englische Arbeiter über die deutsche Valutakatastrophe.

London, 19. Aug. Auf der gestrigen Sitzung der General-WorkerUnion in Leamington machte der englische Arbeiterführer Tillett den Vorschlag eines allgemeinen Streikes der Arbeiter in ganz Europa, bis die Finanzleute ihre Schwierigkeiten beigelegt hätten und die Währungen stabilisiert seien. Der Friede sei zerstörender gewesen als der Krieg selbst. Der Arbeiterführer Clynes trat dem Vorschlag entgegen, indem er sagte, für dieses Problem könne in den Methoden industrieller Gewalt kein Heilmittel gefunden werden. Nur drei Länder könnten die politische Regelung bis zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Wirtschaftsbeziehungen in die verschiedenen Länder Europas herbeiführen, nämlich Großbritannien, Frankreich und Amerika und zwar nur, wenn sie zusammen handelten.

Der französische Mißerfolg in Washington.

Paris, 20. Aug. Die „Ere Nouvelle" schreibt: Die Mission Parmentiers (bezüglich der französischen Kriegsschulden an Amerika) endigte mit einem Mißerfolg. Dadurch daß wir einen Beamten mit einem offiziellen Auftrag zum Staatsdepartement nach Washington geschickt haben, haben wir uns ostentativ von England getrennt und England seinerseits will uns begreiflich machen, daß es unsere Geste verstanden hat.

Der Völkerbund und die besetzten Gebiete.*)

Von Dr. Hermann Pachnicke, Mitglied des Reichstags.

Anfang September tagte die Vollversammlung des Völkerbunds. Sie ist befugt, die Aufnahme neuer Mitglieder mit Zweidrittelmehrheit zu beschließen. England hat uns wissen lassen, daß es unserer Aufnahme in den Völkerbund nicht widerstrebt, und wir dürfen auf die gleiche Geneigtheit bei den meisten anderen Staaten rechnen. Nur Frankreich sucht mit allen Mitteln zu verhindern, daß Deutschland im Rate der Völker auf dem Fuße der Gleichberechtigung verhandeln darf.

Ob das Kabinett Wirth sich entschließt, schon jetzt den früher abgelehnten Zulassungsantrag zu erneuern, steht noch nicht fest. Wünschenswert wäre unser Eintritt in jedem Falle, vor allem zur Wahrung deutscher Interessen in den besetzten Gebieten. Was im Rheinland und im Saargebiet unter dem beherrschenden Einfluß der Franzosen geschieht, ist ein europäischer Skandal. Jeder Tag bringt neue Meldungen von Gewalttaten der Besatzungstruppen und von Willkürhandlungen der Behörden.

Eine Zusammenstellung der Ausschreitungen von fremden Offizieren und Soldaten ist im Reichsministerium des Innern fertig gestellt. Sie unterliegt in bezug auf gewisse Einzelheiten zurzeit der Nachprüfung durch die beteiligten Landesregierungen. Sobald diese Nachprüfung beendet ist, wird die Reichsregierung die Zusammenstellung dem Reichstag vortragen. Ein anderes Dokument der Schande ging den Mitgliedern des Reichstags bereits gegen Ende vorigen Jahres zu; es schilderte andere Formen der Schreckensherrschaft im deutschen Saargebiet.

Was den französischen Politikern bei dem Friedensvertrag nicht gelang, die Angliederung des Saargebiets an Frankreich, das soll jetzt im Wege der Verwaltung während der fünfzehn Jahre gelingen, nach deren Ablauf die Saarbevölkerung sich für Frankreich oder Deutschand zu entscheiden haben wird. Vom Völkerbundsrat geschieht nichts, dem schreienden Unrecht zu wehren, das sich täglich wiederholt. Er hat die Regierungskommission eingesetzt. Er hat es begünstigt, daß ein Franzose sie leitet. Er läßt es zu, daß ein Landesrat eingesetzt wird, der nur eine beratende Stimme hat und sich nicht einmal seinen Präsidenten selber wählen darf. Er hat es nicht gehindert, daß Franzosen und Französlinge in jeder Weise vor der einheimischen Bevölkerung, namentlich im Wohnungswesen, bevorzugt werden.

Sieht es im Rheinland anders aus? Auch dort ächzt und stöhnt die Bevölkerung unter dem Druck der Fremdherrschaft. Die schlimmsten Vergewaltigungen müssen von Privaten hingenommen, Unsummen von Milliarden vom Reich bezahlt werden. Der Uebermut der Fremden ist seit dem Ausbruch der bayerischen Streitigkeiten noch gewachsen. Herrn Dorten schwillt der Kamm, wenn er seine Leute auf die Art hinweisen darf, wie seitens einzelner Parteien und Personen gegen Berlin gewettert und mit dem Gedanken der Loslösung vom Reiche gespielt wird. Die bayerische Volkspartei ahnt offenbar garnicht, wie sehr sie durch ihr Verhalten die Hoffnungen der französischen Agenten im Rheinland belebt. Was an der Isar möglich ist, könnte auch am Rhein erfolgen, so denken die von Frankreich gewonnenen Agitatoren. Aber sie werden sich täuschen; denn Bayern hält dem Deutschen Reich die Treue, und die deutschen Rheinländer sind von Sympathien für Frankreich, wenn sie sie je besessen haben sollten, durch die Praxis der Franzosen gründlich geheilt. Die schlimmsten Bedrückungen gehen nicht so sehr von Engländern und Belgiern als gerade von Franzosen aus.

Träte Deutschland dem Völkerbunde bei und erhielte es den Sitz im Rate, den es beanspruchen muß, so könnte es auf die Tätigkeit dieser überstaatlichen Zentralorganisation einen mitentscheidenden Einfluß üben. Gegenwärtig ist es auf schriftliche Eingaben, auf öffentliche Proteste angewiesen, und man weiß, wie solche Kundgebungen behandelt zu werden pflegen. Am Verhandlungstisch wäre unser Vertreter in der Lage, auf all die Rechtsbeugungen und Vergewaltigungen, die dem Friedensvertrag widersprechen, persönlich hinzuweisen und auf deren Abstellung hinzuwirken. Träte ihm dann noch Amerika und Rußland zur Seite, so würde die Gesamtstimmung voraussichtlich bald eine andere werden und Frankreich nicht so rücksichtslos schalten können wie bisher.

Ein anderer Vorteil unserer Zugehörigkeit zum Völkerbund läge in der Beteiligung an dem Ständigen Internationalen Gerichtshof, der nun auch zur Wirklichkeit geworden ist. Vor sein Forum sollen Völkerstreitigkeiten aller Art, auch von Nichtmitgliedern gebracht werden. Seine Zusammensetzung und seine Geistesrichtung ist entscheidend. Hier mit zu beraten und mit zu taten, liegt im Interesse aller Staaten, besonders aber im Interesse Deutschlands.

Außer Angelegenheiten politischer und juristischer Art sind dem Völkerbund wirtschaftliche und humanitäre Aufgaben zugewiesen: Arbeitsrecht, Minderheitsschutz, Mädchen- und Kinderhandel, Typhusbekämpfung und vieles ähnliche hat ihn bereits beschäftigt und wird ihn künftig noch mehr beschäftigen. Alle diese Arbeiten lassen sich gedeihlich nur im Geiste der Objektivität fortführen, und diese wird umso besser gewährleistet, je weiter sich der Kreis der Mitglieder ausdehnt.

Bisher hatte der Völkerbund das öffentliche Vertrauen nicht in ausreichendem Maße gewonnen. Erst die bezeichnete Erweiterung und Umwandlung kann es ihm verschaffen. Das ist sicher auch die Ueberzeugung weitblickender Bundesmitglieder, und deshalb können wir nur wünschen, daß schon in naher Zeit Fortschritte nach dieser Richtung gemacht werden.

*) Obwohl wir seither stets Gegner des Beitritts Deutschlands zum „Völkerbund" waren, sollen hier doch auch andere Anschauungen einer führenden Persönlichkeit wiedergegeben werden, die Beachtung verdienen. Die Schriftl.)

*

Eine deutsch-englische Friedenskundgebung.

Berlin, 20. Aug. Hier wurde von den Gewerkschaften und den beiden sozialdemokratischen Parteien eine deutsch-englische Friedenskundgebung veranstaltet, zu der der Vorsitzende der englischen Gruppe der internationalen Schiedsgerichtsliga John Morgan, der Generalsekretär Fred Maddison und zahlreiche andere erschienen waren. Maddison betonte in einer Ansprache den aufrichtigen Wunsch der englischen Kommission, gemeinsam mit dem deutschen Volke eine neue Zeit einzuleiten, wo das Gesetz der brutalen Gewalt durch die Herrschaft vernünftiger Gesetze ersetzt wird. Mehr denn je sei heute eine englisch-deutsche Annäherung notwendig, damit beide Länder gemeinsam wieder aufbauen könnten, was der Krieg zerstört habe. Das englische Vertrauen in den Friedenswillen des deutschen Volkes sei ganz besonders durch die Kundgebung des Reichspräsidenten Ebert am letzten Verfassungstag gestärkt worden. Hierauf wurde die Kundgebung der Gruppe der englischen Schiedsgerichtsliga an die Versammlung verlesen. Nachdem noch mehrere Redner gesprochen hatten, schloß die Veranstaltung mit dem gemeinsamen Gesang der Internationale und mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterschaft.

Berlin, 20. Aug. Die englische Gruppe der internationalen Schiedsgerichtsliga überreichte heute bei der von den Gewerkschaften und den beiden sozialistischen Parteien in Berlin veranstalteten deutsch-englischen Friedenskundgebung eine Adresse, in der es heißt: Wir wissen, daß der Gang zum ewigen Welt-Frieden nicht leicht ist. Wir sind keine Kosmopoliten, die die Verpflichtungen gegenüber dem eigenen Lande außer Eückficht lassen. Wir vergegenwärtigen uns andererseits die besonderen Schwierigkeiten, denen Ihre Republik in dieser kritischen Zeit gegenübersteht. Wir wünschen von den Deutschen, wie wir es ebenso von den Franzosen und allen anderen wünschen, daß sie an der Weltgemeinschaft für den Frieden teilnehmen. In wenigen Tagen wird der Völkerbund sich in Genf versammeln. Fast einstimmig wünscht **die öffentliche Meinung in England** dringend, daß **Deutschland Mitglied des Bundes** werde. Wir haben Grund zu glauben, daß der Antrag Annahme findet. Der Wunsch, daß Deutschland dem Völkerbunde beitrete, wird jetzt von britischen Staatsmännern und Politikern der verschiedensten Parteien geteilt und gebilligt, darunter auch von Leitern der Staatsgeschäfte. Keine internationale Frage scheint uns von gleicher Bedeutung zu sein wie die der Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbund. Zum Schlusse der Adresse heißt es: Es handelt sich um eine Kundgebung des guten Willens, von Männern verschiedener politischer Anschauung dargebracht, die aber in dem Wunsche einig sind, den Deutschen die Hand zu bieten. — Die fortgesetzten Bemühungen Englands, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, regen mehr als je zur Nachdenklichkeit an.

Zur auswärtigen Lage.

Oestreichische Finanzverhandlungen in Prag und Berlin.

Wien, 19. Aug. (Korr.-Büro.) Den Bundeskanzler wird auf seiner Reise nach Prag und Berlin der Finanzminister begleiten. — Die Nachricht über einen von den Banken der Regierung gewährten Milliardenvorschuß entspricht nicht den Tatsachen. Die weitere geordnete Führung des Haushalts ist gesichert.

Wien, 20. Aug. Bundeskanzler Dr. Seipel und Finanzminister Segur sind heute abend in Begleitung des Gesandten Dr. Wildner nach Prag abgereist, wo am Montag die Besprechungen mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten und Minister des Aeußern Dr. Benesch stattfinden. Am Mittwoch erfolgt in Berlin die Begegnung mit dem deutschen Reichskanzler Dr. Wirth. Mit Rücksicht auf die gerade im jetzigen Augenblick erhöhte Bedeutung der diplomatischen Geschäftsführung bleibt der Bundesminister für Aeußeres Dr. Grünberger in Wien.

Prag, 19. Aug. Das Tschechoslowakische Pressebüro verbreitet folgende Meldung: Infolge der letzten politischen Vorkommnisse, im Hinblick auf die Londoner Konferenz und auf die bevorstehende Tagung des Völkerbundes wurde in den letzten Tagen zwischen Prag und Wien eine wechselseitige Information über die Lage erteilt. Die Wiener Regierung hat dem Wunsche nach einem direkten Meinungsaustausch über die allgemeine Lage Ausdruck gegeben. Zu diesem Zweck wird Bundeskanzler Seipel wahrscheinlich am Montag früh nach Prag reisen.

Polen — eine politische Drahtpuppe Frankreichs

(Grz.) **Warschau**, 20. Aug. Der neue Premier Nowak äußert dem Schriftleiter des „Journal de Pologne" gegenüber u. a.: Polen informiere besonders Frankreich über jeden seiner Schritte, wie es überhaupt Paris über alle seine politischen Maßnahmen auf dem laufenden halte. Betreffs der nationalen Minderheiten betonte der Premier, daß sie alle ihre aus der Konstitution zustehenden Rechte haben sollen. Wenn die Deutschen zuviel forderten, dürfen sie nicht vergessen, daß ihre Forderungen von denen der anderen Minoritäten sehr verschieden seien und daß man diese Fragen sehr vorsichtig behandeln müsse.

Besetzung ist dauernde Bedrohung des Friedens

(Grz.) **Moskau**, 19. Aug. Der Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale Losowski schildert in der „Prawda" seine Eindrücke von einer Reise nach Frankreich, die ihn u. a. durch das besetzte Rheinland führte: Die französische Okkupation reiße fortwährend die Kriegswunde Deutschlands auf. Unter der Arbeiterschaft des besetzten Gebietes herrsche der gleiche dumpfe Haß gegen die Besatzungsarmee wie unter der übrigen Bevölkerung. Trotzdem werde gegen die Besetzung des Rheinlandes in Frankreich, selbst in der Arbeiterpresse, kaum Einspruch erhoben. Selbst die Kommunistische Partei Frankreichs und die revolutionäre Confederation Generale du Travail übergehen diese ungeheuerliche Tatsache mit Schweigen, und die französische Okkupationspolitik werde mit einem geheimnisvollen Schleier verhüllt. Indessen bilde die Besetzung des Rheinlandes eine dauernde Bedrohung des europäischen Friedens.

Deutschland.

Wiederholter Abschluß der Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich.

Berlin, 21. Aug. Die Verhandlungen mit den bayerischen Vertretern sind, laut Morgenblättern, am Sonntag zum Abschluß gekommen. Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand eine Konferenz von Mitgliedern der Reichsregeirung und der beiden bayerischen Minister statt, in der das Ergebnis der Einzelbesprechungen zwischen dem Reichsjustizminister Dr. Radbruch und dem bayerischen Justizminister Gürtler erörtert wurde. Die beiden bayerischen Minister sind am Sonntag abend nach München abgereist, um das Ergebnis der Berliner Besprechungen dem Ministerrat vorzulegen, der schon am Montag stattfinden wird.

Gegen die neuen polnischen Forderungen.

Beuthen, 19. Aug. Angesichts der polnischen Forderungen bei der Grenzfestsetzungskommission fanden in sämtlichen Anlagen der Königin-Luise-Grube Versammlungen der Belegschaften statt. In einer Entschließung wird betont, daß die Grube und die Delbrück-Schächte Betriebseinheiten sind, die nicht zerrissen werden könnten, ohne die Betriebssicherheit der gesamten Anlagen schwer zu gefährden. Die gesamte Belegschaft lehnt es entschieden ab, polnische Staatsbürger zu werden. Von der deutschen Regierung wird erwartet, daß sie sich mit allen Mitteln für den Verbleib der Anlagen bei Deutschland einsetzt.

Doppelbesteuerung an der deutsch-schweizerischen Grenze.

(SCB) **Friedrichshafen**, 20. Aug. Die Heranziehung von Firmen und Personen im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet, die in dem einen Staat Vermögen besitzen oder aus ihm Einkommen beziehen, im anderen Staat ihren Wohnsitz haben, zur Steuerentrichtung von beiden Staaten hat in zahlreichen Fällen zu großen Härten geführt. Zur Beseitigung dieser Unzuträglichkeiten sind zwischen der Schweiz und Deutschland Verhandlungen angebahnt worden. Auf Grund einer Anfrage der Schweiz hat Deutschland den Entwurf zu einem Uebereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und den schweizerischen Grenzkantonen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Einkommensteuer ausgearbeitet. Artikel 3 dieses Entwurfs lautet: „Das Einkommen aus Gewerbebetrieben soll nur in den Staaten zur Steuer herangezogen werden, in denen eine Betriebsstätte zur Ausübung des Gewerbes unterhalten wird." Die Schweiz ist aus juristischen und fiskalischen Gründen zu einer Ablehnung dieses Vorschlags gekommen. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß die Annahme des deutschen Vorschlags eine Abänderung einzelner kantonaler Steuergesetze erforderlich machen würde, wozu sich die in Frage kommenden Kantone nicht ohne weiteres verstehen können. Es wird daher die ganze Angelegenheit erneut geprüft werden. Die Handelskammern der Grenzbezirke werden demnächst eine gemeinschaftliche Beratung abhalten, da sie es für wünschenswert halten, daß die Bemühungen um das Zustandekommen eines deutsch-schweizerischen Vertrags zur Vermeidung der Doppelbesteuerung fortgesetzt werden. Die Schweizer Regierung will ebenfalls die Angelegenheit weiter verfolgen und hat dem Vernehmen nach die deutsche Regierung ersucht, Delegierte zu einer Konferenz, die über diesen Gegenstand verhandeln sollen, zu bestimmen. Seitens der Schweiz sind bereits vier Delegierte ernannt worden und zwar die zwei Vertreter der Grenzkantone und zwei Vertreter des Bundes.

Vermischtes.

Folgenschwere Kesselexplosion.

Brieg b. Breslau, 19. Aug. Der Schleppdampfer „Kyffhäuser" wurde gestern bei Brieg durch eine Kesselexplosion vernichtet. **Der Besitzer des Dampfers, seine Frau und sein Sohn sind tot.** Außer ihnen soll noch ein Maschinist und eine Hilfskraft an Bord gewesen sein, über deren Verbleib nichts verlautet.

Deutsche Kriegsgefangene als Sklaven im Innern Marokkos?

Paris, 19. Aug. Havas meldet aus Las Palmas: Neun Deutsche, die von Kap Juby kamen, sind heute hier gelandet. Sie erklärten, sie seien ehemalige Soldaten, die von den Franzosen gefangen genommen wurden. Sie seien nach dem Innern Marokkos gebracht und von Eingeborenengefangen genommen worden, die sie an den spanischen Kommandanten des Postens von Juby verkauft hätten. Sie erklärten, es befänden sich noch weitere Deutsche in der Gefangenschaft dieser Stämme.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Aus Stadt und Land.

Calw, den 21. August 1922.

Zum 70. Geburtstag von Prälat von Braun.

Am 21. August feiert Prälat a. D. von Braun in Tübingen, seinem Ruhesitz, seinen 80. Geburtstag. In guter körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische darf er auf ein reichgesegnetes Arbeitsleben im Dienst der württ. evang. Kirche zurückblicken. Als Pfarrer in Maulbronn, als Helfer in Calw, als Dekan dort und in Cannstatt, und schließlich von 1900—1913 als letzter Prälat in Hall hat er sich die dankbare Anhänglichkeit vieler Gemeindemitglieder erworben, denen er in Predigt und Seelsorge sein Bestes gab. Auch dem Staat hat er als Bezirksschulinspektor und später als Mitglied der ersten Kammer wertvolle Dienste geleistet. Zum Zweck der Förderung der beruflichen Tüchtigkeit der Pfarrer, die ihm besonders am Herzen lag, hat er alljährlich auf der „Haller Konferenz" einen weiten Kreis von Theologen um sich gesammelt und ist dadurch vielen ein Helfer geworden in den Schwierigkeiten ihres Amtes. Er hat die Freude, gleichzeitig in diesen Tagen sein goldenes Ehejubiläum feiern zu dürfen mit seiner treuen Mitarbeiterin. Möge beiden noch ein fried- und freudvoller Lebensabend beschieden sein.

Erhöhung der Teuerungszuschüsse für Militärrentner.

Der Reichstag hat durch Gesetz vom 14. Juli angeordnet, daß den Militärrentnern ab 1. August neue, wesentlich erhöhte Teuerungszuschüsse gewährt werden. Die Erhöhung beträgt für die einzelnen Kategorien 25 Prozent bis 66⅔ Prozent, durchschnittlich etwa 50 Prozent.

Nahreiseverkehr mit Tirol.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Mit dem 1. August 1922 ist infolge einer Vereinbarung Württembergs mit der Landesregierung für Tirol eine Regelung in Kraft getreten, durch die der im Verhältnis Württembergs südlich der Donau zu Vorarlberg schon länger bestehende sog. Nahreiseverkehr auch auf die Gebiete der württembergischen Oberämter südlich der Donau gegenüber Tirol (ohne den Bezirk Lienz) ausgedehnt wird. Der Nahreiseverkehr unterscheidet sich vom Fernverkehr hauptsächlich dadurch, daß bei ersterem der Einreisesichtvermerk des Ziellandes nicht benötigt wird. Dagegen ist der Besitz eines Reisepasses auch hier erforderlich. Teilnehmer am Nahreiseverkehr sind die seit mindestens 6 Monaten in einem der begünstigten Gebiete ansässigen einwandfreien Reichsdeutschen und Deutschösterreicher. Der Nahreisesichtvermerk berechtigt zum jeweiligen 14tägigen Aufenthalt jenseits der Grenze, ohne daß eine besondere Aufenthaltserlaubnis einzuholen ist. Zuständig für seine Erteilung sind in Württemberg die beteiligten Oberämter und die Hafendirektion Friedrichshafen. Die Meinung, mit dem 1. Juli seien die besonderen Nahreisebestimmungen gegenstandslos geworden, ist irrtümlich, weil sie auswärtigen Staaten einschließlich Deutsch-Oesterreich bis auf weiteres in dem an die Stelle des Ausreisesichtvermerks getretenen finanzamtlichen Unbedenklichkeitsvermerk keinen vollen Ersatz für den bisherigen deutschen Ausreisesichtvermerk zu erblicken scheinen. Wenigstens bestehen sie auf ihrem eigenen Einreisesichtvermerk. Bloße Pässe oder gar von Ortsbehörden ausgestellte Ausweise zum Grenzübertritt auch nach Oesterreich reichen nicht aus.

Wetter für Dienstag und Mittwoch.

Der Hochdruck erhält sich. Auch am Dienstag und Mittwoch ist noch trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Bund gegen Wucher und Teuerung.

(SCB.) **Stuttgart,** 19. Aug. Der Bund gegen Wucher und Teuerung hielt gestern wieder eine Sitzung ab, in der man aufs neue die Mittel besprach, die man geeignet hält, im Kampf gegen Wucher und Teuerung als Waffen zu dienen. Der Vorschläge, die gemacht wurden, waren es viele; was nun davon auszuführen möglich ist, soll auf zwei Arten geklärt werden: Einmal will man sich von Fachleuten eingehend über volkswirtschaftliche Gesetze und Zusammenhänge aufklären lassen und eine Art Arbeitsgemeinschaft mit diesen Fachleuten eingehen; zum zweiten möchte man nun endlich die breite Oeffentlichkeit für den Bund, sein Wesen und seine Arbeit interessieren. Das soll geschehen in einer größeren Versammlung, die demnächst abgehalten wird und zu der man weite Kreise, insbesondere auch die wirtschaftspolitischen Organisationen einladen will. Auf die einfachste Formel ist man im Kampf gegen Wucher und Teuerung zwar nicht gekommen, nämlich absolute Beschränkung des persönlichen Verbrauchs auf das Lebensminimum. Man will aber von Bundes wegen den Kampf führen gegen die Herstellung des Alkohols und seinen Verbrauch mit dem Ziel, das in Amerika schon erreicht ist; man will in möglichst radikaler Form Verarbeitung und Genuß von Tabak beschränken und glaubt zu all diesen und einer ganzen Anzahl anderer Betätigungen die Mitarbeit der Regierungen sich sichern zu müssen, indem man sie nach Möglichkeit stützt und stärkt. Auch auf das Ausland soll der Einfluß des Bundesgedankens sich erstrecken, indem man gegen den Versailler Vertrag kämpfend für die Schilderung des deutschen Elends Raum in der ausländischen Presse zu gewinnen sucht. Insgesamt aber ist das Ideal des Bundes, über den Parteien alle guten Geister des Volkes zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen.

*

(SCB.) **Goettelfingen,** OA. Horb, 18. Aug. Zu dem Bericht über den tödlichen Blitzschlag, dem die 51 Jahre alte Katharina Weber von hier zum Opfer fiel, wird noch ergänzend mitgeteilt, daß von dem gleichen Blitzschlag eine Magd und ein Schulknabe, die etwa drei Meter von der Getöteten entfernt mit Erntearbeiten beschäftigt waren, getroffen und zu Boden geworfen wurden. Diese kamen aber nach einiger Zeit wieder zu sich und glücklich mit dem Schrecken davon.

(SCB.) **Stuttgart,** 20. Aug. Die Betriebsräteversammlung der Metallindustrie ergab bei den Wahlen des Zentral- und Gruppenrates sowie der Delegierten zur Generalversammlung der Betriebsräte einen **glatten Sieg der Kommunisten,** die alle 39 Sitze erhielten. Im vorigen Jahre waren 9 von diesen 39 Sitzen noch den Vereinigten Sozialdemokraten und Unabhängigen zugefallen. In einer Resolution wurde der Rücktritt der württ. Regierung und die Auflösung des Landtags gefordert.

(SCB.) **Stuttgart,** 18. Aug. Nach einer Zusammenstellung des Statistischen Landesamts herrschte nach dem Stande vom 15. August die Maul- und Klauenseuche in insgesamt 8 Oberämtern. Sie verteilte sich auf 10 Gemeinden, 22 Gehöfte. Neu hinzugekommen sind 4 Gemeinden, 16 Gehöfte. Die Schafräude ist in 12 Oberämtern in insgesamt 23 Gemeinden und 25 Gehöften, die Pferderäude in 5 Oberämtern mit 5 Gemeinden und 5 Gehöften aufgetreten, während die Kopfkrankheit der Pferde in 14 Oberämtern, 21 Gemeinden, 22 Gehöften und die ansteckende Blutarmut der Pferde in 16 Oberämtern, 20 Gemeinden, 21 Gehöften verbreitet ist. Ferner ist in je 1 Gehöft der Oberämter Crailsheim und Göppingen die Schweineseuche und Schweinepest ausgebrochen.

(SCB.) **Heilbronn,** 18. Aug. Da nach einem Voranschlag der Abmangel beim Schauspielbetrieb allein 6 Millionen, bei Schauspiel- und Opernbetrieb 11 Millionen Mark betragen würde, da ferner kein angemessener Staatsbeitrag in Aussicht steht und die finanziellen Verhältnisse der Stadt ohnehin mißlich sind, hat der Gemeinderat beschlossen, den Vertrag mit der Theaterleitung Steng—Krauß für die Spielzeit 1922/23 nicht zu erneuern, sondern ihr anheim zu stellen, ob sie den Betrieb auf eigene Rechnung übernehmen wolle.

(SCB.) **Ellwangen,** 19. Aug. In der Nacht zum 1. Januar ds. Js. wurde bekanntlich in Tannhausen das Ehepaar Süpple mit einer Bombe ins Schlafzimmer beehrt, die mit altem Eisen, wie Nägeln, Schrauben usw. gefüllt war. Der Bauer Johannes Spiegel hatte sie geworfen. Da keine Person verletzt wurde, konnte er vom Landgericht Ellwangen am 4. März nur wegen Sachbeschädigung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt werden. Gegen dieses Urteil hatte er lt. Jpf- und Jagstztg. Revision eingelegt, die jedoch vom Reichsgericht als unbegründet verworfen wurde.

(SCB.) **Hall,** 19. Aug. Fahrlässige Tötung. Am 6. Juni wurde auf dem Bahnhof eine verheiratete Frau von Heilbronn, die bei der Durchreise am Bahnhofbuffet eine Erfrischung zu sich nehmen wollte, infolge verspäteten Wiedereinsteigens überfahren und getötet. Diese Tötung fahrlässig verschuldet zu haben, war der den Zug begleitende Oberschaffner B. angeklagt. Während nämlich der Diensttuende Beamte die Frau am Einsteigen in den schon ziemlich stark in Bewegung befindlichen Zug verhindern wollte, verhalf ihr der Angeklagte, der Vorschrift zuwider, hiezu, wobei die Frau zu Fall und unter die Räder kam. Das Schöffengericht sprach den schon 22 Jahre mit tadelloser Führung im Dienst befindlichen Angeklagten im Sinne der Anklage schuldig und verurteilte ihn, unter Berücksichtigung seiner guten Führung, an Stelle von 10 Tagen Gefängnis zu der Geldstrafe von 1000 Mark, sowie zur Tragung der Kosten. Der Vertreter der Anklage hatte 1 Jahr Gefängnis beantragt.

(SCB.) **Von der bayerischen Grenze,** 18. Aug. In Stillnau wurde der Knecht Rehm vom Blitz getötet. — Auf dem Schweighof brach, wohl infolge Selbstentzündung von Heu, Großfeuer aus, dem sämtliche Oekonomiegebäude mit den Ernte- und Futtervorräten und landwirtschaftlichen Maschinen zum Opfer fielen.

(SCB.) **Von der bayerischen Grenze,** 19. Aug. Die 21jährige Tochter der Familie Hordegen in Burgheim hatte eine kleine Verletzung an der Ferse. Am nächsten Tage wurde von unberufener Hand Karbollösung in die Wunde gespritzt und hineingedrückt. Es entstanden sofort unausstehliche Schmerzen, dann kam Brand und unter furchtbaren Krämpfen trat der Tod ein. — Das 3jährige Söhnchen des Oekonomen Leo Jäger in Scheidegg stieg im Haus auf den zweiräderigen Milchkarren, auf dem ein Faß mit heißer Molke stand. Der Wagen kippte um und der Inhalt des Fasses ergoß sich über das Kind, wobei es derart verbrüht wurde, daß es unter schrecklichen Schmerzen starb.

Büchertisch.

„Oberdeutschland". Eine Monatsschrift für jeden Deutschen. Herausgegeben von Dr. Georg Schmückle und Hermann Missenharter. Juliheft Preis ℳ 18.—. Verlag „Oberdeutschland" (Strecker und Schröder) G. m. b. H. Stuttgart.

Das 10. Heft dieser Monatsschrift bringt vor allem eine Reihe kritischer Arbeiten, die einen in mancher Frage klarer und richtiger sehen lernen. So nimmt Carl Christian Brey Preußen unters Mikroskop und findet, daß das so viel gescholtene Beamtentum gar nicht so fest mit dem preußischen Volkstum verwachsen ist, wie man gemeinhin anzunehmen pflegt. Ueber den unglücklichen Schlußsatz aus Emil Ermatingers „Geschichte der Deutschen Lyrik" hält Hans Raithel eine „Weltliche Predigt", die er dem stärkenden Glauben an die Macht der Persönlichkeit widmet. Adolf Vögtlin schreibt einen längeren Aufsatz über Gottfried Keller, dem eine Reihe Holzschnitte Bruno Goldschmidts zu Dichtungen Kellers beigegeben sind. In einem sehr sachkundigen Aufsatz „Renovierte Kirchen am Bodensee" muß Dr. Otto Gruber, Karlsruhe, leider feststellen, daß bei der Renovation der einzelnen Teile allzuoft das Ganze, die Raumwirkung unberücksichtigt geblieben und verdorben worden ist. Ein trauriges Bild von der Schwäbischen Heimarbeit entwirft Dr. Albert Aich. Zum literarischen Teil steuern Wilhelm Matthiesen, August Köhler, Georg Schmückle Märchen und Gedichte und vor allem Ludwig Thoma eine köstliche Skizze bei. Eingehend nimmt A. Friedrich einige elsäßische Neuerscheinungen unter die Lupe, eine Würdigung des Kronprinzen-Buches schließt sich an und ein Gang durch die neue Musikliteratur und literarische Anmerkungen beschließen das sehr lesenswerte Heft.

Lied des munteren Wanderers.

Eh' die Sonn' noch aufgegangen
Streif' ich durch die Fluren schon,
Um mich her ein Frühlingsprangen
Und ich sing' mit munterm Ton:

„Glücklich, wer dich darf durcheilen,
Dich, du himmlisch-schöne Welt,
Wer bei dir als Gast darf weilen,
Ruhen unterm Blätterzelt!"

Und mit sich'rer Hand ergreife
Ich den langen Wanderstab —
Weiter durch die Welt ich schweife,
Die uns Gott zum Wandern gab.

Siegfried Guillemet-Hirsau.

Liebe und Freude.

Wir müssen alles, was schön und schwer ist, in unser Herz hineintun, die Sterne, die Pflanzen, die Wolken, die Steine, damit es groß und weit werde von ihnen. Dann können wirs wieder einmal anderen geben, wenn sie es brauchen, das heißt: sie liebhaben.

Ludwig Finkh.

Wißt ihr, wie das ist mit der Liebe? Das ist wie mit dem Apfelbaum im Garten der Frau Holle, der stand und rief: „Pflücke mich, pflücke mich, meine Aepfel sind alle miteinander reif", und als das Kind kam und anstieß, da rollte ihm der schwere Segen in den Schoß.

So schwer von Reichtum und Früchtesegen steht ein liebereiches Herz und wartet, ob nicht irgend eine Leere sei, in die es seine Fülle gießen könne, und ist noch dankbar und froh, daß es wieder Raum gewinnt zu neuen Trieben.

Anna Schieber.

Und der, dem du die Freude gabst,
ihn drängt's, daß er sie weitergibt,
in jedem doppelt sich ihr Wesen.
Und manches Herz steht auf und liebt
und manches kranke kann genesen.

Schüler.

Plauderei über Gefälligkeiten.

Von C. Reich.

Nachdruck verboten.

Was wird nicht alles von vielen Menschen als eine kleine Gefälligkeit aufgenommen! Frau B. schickt z. B. mit der Bitte zu Frau L., ihr doch den großen Einmachkochtopf zu leihen, der ihrige wäre zu klein, sie möchte Marmelade kochen.

Nach einigen Tagen, da keine Rückgabe erfolgt, geht sich Frau L. erkundigen, ob die Marmelade geraten ist — und findet ihren sorgfältig gehüteten Fruchttopf mit fettiger Speise auf der Maschine stehen. Für sie ist er nun wertlos, denn sie weiß, daß fortan darin gekochte Früchte verderben würden. — Ach bitte Frau B., leihen Sie mir einen Löfel Mehl, ich habe vergessen, welches mitzubringen und es ist gleich Mittag, ich gebe es Ihnen nachher zurück. — Ach Sie erlauben wohl, daß Ihr Mädchen schnell einmal für mich zur Post geht. — Was haben Sie da für ein hübsches Buch, Frl. R., es scheint sehr interessant zu sein, das könnten Sie mir ein paar Tage leihen, ich bringe es Ihnen tadellos zurück. — Es sieht so trübe aus, ich glaube der Regen wird mich überraschen, würdest Du mir nicht Deinen Regenschirm leihen? ich schicke ihn dir noch heute durch unser Mädchen zurück.

Das sind alles Gefälligkeiten, die fast ohne Dank, ja mit einer gewissen Selbstverständlichkeit hingenommen werden. In was für einer Verfassung befindet sich oft ein ausgeliehen gewesenes und mit großer Mühe zurückerhaltenes Buch! Wochen vergehen meist, bevor man einen verborgten Schirm wiedersieht. Abgesehen davon, daß das Verleihen Störungen im eigenen Haushalt herbeiführen kann — denn seltsamerweise braucht man gerade das am ehesten, was man ausgeliehen hat, kann die öftere Entnahme von Kleinigkeiten wie Mehl, Zwiebeln, Kaffee usw. in einem bescheidenen Haushalt geradezu einen Verlust bedeuten.

Sehr beklagenswert ist es, wenn die Gefälligkeiten in das Erwerbsleben eingreifen. — Frau Sch. ist Schneiderin, Witwe mit drei Kindern, sie sitzt gerade bei einer sehr eiligen Arbeit, da kommt Frau H. mit der Bitte: „Ach liebe Frau Sch., schneiden Sie mir doch für meine Frieda das Jäckchen zu. — Bitte, nähen Sie mir mit Ihrer Maschine die paar Nähte zusammen, es geht ja schnell, für Sie ein Augenblick, — passendes Garn? ach, das habe ich nicht, aber Sie haben ja Garn in allen Farben vorrätig und es gehört ja nicht viel dazu. — Entschuldigen Sie, liebes Fräulein, daß ich Sie bei Ihrer Arbeit störe, aber ich wollte Sie bitten, mir eine Gratulation zu schreiben, meine Nichte in B. hat Geburtstag, Sie verstehen das so gut. Frau B. macht noch verschiedene Bemerkungen darüber und Fräulein E., die Gefällige, muß ihre wichtige und eilige Arbeit bei Seite legen, um die gewünschte Gratulation zu schreiben.

Unzählige Arten von Gefälligkeiten könnten noch angeführt werden, doch würde es hier zu weit führen. Es scheint fast, als sei das Ablehnen hier angegebener Gefälligkeiten eine Unart, man muß sich aber unter den Erwerbenden einmal umgeschaut haben, um zu wissen, daß die Häufung solcher Gefälligkeiten sie erbittert, sie müssen mit Zeit und Kraft und mit jedem Pfennig rechnen. Zur Entschuldigung dient, daß Frauen, die nie etwas erwerben, kaum etwas zu berechnen brauchen, nicht die leiseste Ahnung haben, daß sie ein Opfer fordern, sie können sich in eine solche Lage nicht hineindenken. Sie sagen auch wohl: ich kann Ihnen vielleicht auch mal gefällig sein, oder — ich revanchiere mich gelegentlich. Dies „gelegentlich" ist oft nur eine Phrase, und wenn nicht, liegt in der Gegengabe selten eine Ehre, weil die Schätzung für geleistete Gefälligkeiten gering ist und das Geschenk oft in vollständig wertlosen Sachen besteht. Aber auch dort, wo man sich ordentlich revanchiert, wird das Gleichgewicht nicht hergestellt. Würde den Erwerbenden nicht der Stolz, die Schüchternheit, die Mutlosigkeit den Mund schließen, man würde seltsame Dinge erfahren und fortan jeder Gefälligkeit den Kauf oder die Bestellung vorziehen. Erbetenen Gefälligkeiten schiebt man unwillkürlich das Motiv unter, Ausgaben zu sparen, und deshalb sind Erwerbende stets in Verlegenheit, falls man nach dem Preise fragt. Anstandshalber geschieht das manchmal.

Gefälligkeiten im persönlichen Verkehr sind wohl das Liebenswerteste, sie verraten Aufmerksamkeit auf das Behagen Anderer und eine freundliche Gesinnung. Gefälligkeiten, die eines dem anderen gelegentlich erweist, erfreuen wie duftige Blumen, sie sind ein Zeichen fröhlichen Gedenkens, bereitwilliger Hilfe und liebenswürdigen Entgegenkommens. Ohne Gefälligkeiten spielt sich kein Leben ab, wer sich aber gewöhnt, die Gefälligkeit anderer in Anspruch zu nehmen, der vergesse nie, daß es eine Grenze gibt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Durch den Mißerfolg der Londoner Konferenz und im Anschluß an die französischen Drohungen hat sich die Lage des Geldmarktes aufs Neue verschlechtert. Der Dollar blieb die ganze Berichtswoche über 1000 M. Der Zinsfuß wird überall erhöht. Die Geldknappheit bei den Banken, sowie in Industrie und Handel nimmt schnell zu. Ernste Schwierigkeiten zeigen sich im gesamten Geldverkehr, der immer deutlicher österreichische Formen annimmt. 100 deutsche Mark kosteten am 17. August in Zürich 0,50 (am 10. August 0,60¼) Franken; in Amsterdam 0,25 (0,33) Gulden; in Kopenhagen 0,46 (0,57), in Stockholm 0,37 (0,47) Kronen; in Wien 6985 (6560), in Prag 335 (470) Kronen und in Newyork 0,09¾ (0,11⅞) Dollar. Der Dollar kostet also 1066,66 Mark

Börse. Die bereits vorige Woche begonnene Haussebewegung hat sich im weiteren Verlauf kräftig fortgesetzt. Die Kurssteigerungen waren in dieser Woche sehr beträchtlich und durchbrachen die Grenzen, die man ihnen bisher gezogen hatte. Die Führung hatten die Montanpapiere und Textilwerte, die zum Teil sprunghaft stiegen. Bankaktien waren ruhiger, Anlagepapiere sogar still. Man gewinnt den Eindruck, daß die Devisenhausse sich jetzt auch auf das Effektengeschäft überträgt und daß die Spekulation des Privatpublikums trotz der schlechten Erfahrungen vor einem halben Jahr wieder in vollem Schwung ist. Der Anreiz, durch einen mühelosen Verdienst an der Börse einen Ausgleich gegen die furchtbare Verteuerung des Lebens zu finden, ist zu groß.

Produktenmarkt. Die Preissteigerung des Getreides nimmt Formen an, die nur noch aus der Tatsache zu erklären sind, daß die einheimische Ernte zeitlich langsam von statten geht und weder an Menge noch an Güte befriedigt, während andererseits die hohen Devisenkurse den Ankauf von ausländischem Getreide ungeheuer verteuern. An der Stuttgarter Landesproduktenbörse wurde wieder über sehr kleines Angebot geklagt und festgestellt, daß die Preisnotierungen lediglich als nominell anzusehen sind, wobei der Doppelzentner Heu mit 12—1300, Stroh mit 600—650 M. erschienen. In Berlin kosteten am 17 August Weizen 2150—2200 (+425—500), Roggen 1650 bis 1720 (+300—400), Wintergerste 1750—1800 (+500), Hafer 2000 (+400), Mais 1880 (+400) und Weizenmehl 5300—5600 (+1100) Mark. Das sind Preissteigerungen innerhalb 8 Tagen, die in der Geschichte der Menschheit noch nicht zu verzeichnen waren und einen öffnen.
entsetzlichen Ausblick auf die künftige Ernährung unseres Volkes er-

Warenmarkt. Natürlich auch hier Hausse auf der ganzen Linie. Die Preise verändern sich von Tag zu Tag, oft von Stunde zu Stunde. Teuerungszuschläge von mehreren hundert Prozent sind an der Tagesordnung. Das Land ist wieder überflutet von Valutakäufern, die die Geschäfte ausplündern und die Preise weiter verteuern. In jedem Eisenbahnwagen, vor jedem großen Schaufenster sieht man die bekannten Gestalten und hört ihre fremden Sprachen. Auf der letzten Industrie- und Handelsbörse in Stuttgart haben sich die Preise für Baumwollgarne und Baumwollgewebe beinahe verdoppelt. In der Metallindustrie ist es fast ebenso. Aber auch Häute, Leder und Schuhe, Chemikalien und Glas- und Porzellanwaren haben riesige Preissprünge gemacht.

Viehmarkt. Nicht in dem Tempo der Ueberhastung wie auf anderen Marktgebieten, aber doch beharrlich erfolgt auch die Erhöhung der Viehpreise. Zuchtvieh ist sogar stark gestiegen. Die Tatsache, daß es beim Schlachtvieh langsamer geht, ist leicht aus dem fortgesetzt abnehmenden Konsum zu erklären. In Stuttgart ist der Ladenpreis für Schweinefleisch schon über 100 M. hinausgegangen.

Holzmarkt. Auch hier steigen die Preise weiter. Brennholz verteuert sich immer noch von Woche zu Woche. Für Langholz werden schon beinahe 2000 Prozent der Taxe angelegt.

Märkte.

(SCB.) **Stuttgart**, 19. Aug. (Vom Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt.) Nach den Mitteilungen der Zentralvermittlungsstelle des Württ. Obstbauvereins ist der Obstgroßmarkt überführt in Aepfeln, Birnen und Pflaumen. Trotz des stetig anwachsenden Kleinhandels sind die zugeführten Mengen kaum hier abzusetzen. Die Preise fallen langsam. In Pfirsichen ist zurzeit Erntepause; die frühen sind vorüber, die späten noch nicht reif. — Auf dem Wilhelmsplatz waren 400 Ztr. Mostobst (meist vom Sturm abgeschlagenes Fallobst) angefahren; Preis 1.50—1.70 M. pro Pfund. Die bei den Versteigerungen auf dem Baum erzielten unsinnigen Preise sind für die allgemeine Preisbildung des Obstes belanglos; für die Ausfuhr kann bei den hohen Frachtsätzen nur allerbestes Obst in Betracht kommen; die Mostobstpreise dürften sich deshalb, angesichts der ziemlich guten Ernte in angemessenen Grenzen halten. — Der Gemüsemarkt ist ebenfalls stark beschickt, so daß auch hier der Absatz zu stocken beginnt. Der Geldmangel nötigt die Käufer zu immer größerer Zurückhaltung.

(SCB.) **Tettnang**, 19. Aug. (Hopfenmarkt.) Das Hopfeneinkaufsgeschäft geht so lebhaft, daß die trockene Ware ziemlich aufgekauft ist, abgesehen von einigen Großproduzenten, die zurzeit noch nicht absetzen. Gestern wurde in den niederen Lagen zu 20 000 bis 24 000 M. gekauft, in den höheren Lagen 25 000—26 000 M. bezahlt. Heute konnte infolge des Regenwetters der letzten Tage wenig gekauft werden. Der Umsatz beschränkte sich auf wenige Ballen aus der höheren Lage, die zu 26 000 und 27 000 M. per Zentner den Eigner wechselten.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

W. Volkstheater Calw Badischer Hof

Dienstag, den 22. August, abends 8 Uhr
Lachen. Französischer Schwank **Lachen.**

Madame Bonivard
oder **Er hat zwei Schwiegermütter.**
(Il a deux belles mères.)
Schwank in 3 Akten von A. Bissou.
Deutsch v. Jakobson, Autor v. „Der Schlafwagenkontrolleur."

Würzbach Oberamts Calw.

Brennholz-Verkauf.

Aus den hiesigen Gemeindewaldungen kommen am
Freitag, den 25. August nachmittags 2 Uhr
auf dem Rathaus im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:
27 Rm Papierholz,
30 „ Brennholz (buchen)
124 „ Brennholz (tannen).
Loosverzeichnisse durch den Waldmeister Fenchel.
Würzbach, den 18. August 1922.
Schultheißenamt.

Landw. Bezirksverein Calw.
Das Lagerhaus ist vom 21—31. August geschlossen.
Geschäftsstelle: J. Knecht.

Mais
ist eingetroffen.
Adolf Lutz.

Unterreichenbach.
Der auf Dienstag, den 22. ds. Mts. ausgeschriebene
Zwangsverkauf findet vorerst nicht statt.
Gerichtsvollzieher
Ohngemach.

Für pünktlichen Zinszähler bin ich beauftragt,
Mk. 40 000
auf ein hiesiges Anwesen und 1 Hypothek aufzunehmen. Ich bitte um gefl. Angebote.
Carl Reichert, Agenturgeschäft, mittlere Brücke.

Stoffknöpfe, Hohlsaum, Knopflöcher
werden rasch u. in guter Ausführung angefertigt
Geschw. Stanger,
Ob. Marktstr. 23.

Einen anständigen
Jungen
nimmt in die Lehre.
K. F. Schühle jr.
Schneidermeister.

2 gebrauchte vollständige
Betten
zu kaufen gesucht.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

?Wohin geht man am kommenden Sonntag den 27. Aug.?
Nach dem im schönen Nagoldtal reizend gelegenen
Bad Liebenzell
Zur Einweihung des neuerstellten **Kur- und Konversationshauses**
verbunden mit
Großem Sommer-Fest mit schönem reichhaltigem Bazar
Schönheits-Konkurrenz mit Preisverteilung
Belustigungen aller Art usw. — Abends: Bankett, Konzert und Tanz usw.
Beachten Sie bitte das am Freitag erscheinende große Programm im Inseratenteil.
Karten-Vorverkauf bei Paul Olpp, Buchhandlung, Calw.

Kapitalien
auf Hypoth. Schuldsch. f. Teilh. hat Unterzeich. Vertreter v. 5 Bank. u. Priv. Ges. i. jed. Höhe diskr. u. reell zu vergeb. Nachweisl. w. a. 340 Pers. Geld i. ¾ Jhr. ausbez. Rückp. beif. **Diett, München,** Daiserstr. 19.

Ordentliches
Küchen-Mädchen
sofort gesucht
bei hohem Lohn.
Weinstube Adam, Hirsau.

6 Leghühner
werden verkauft
Schulgasse 8.

Wer
Stenographie-Unterricht
nach Stolze-Schrey erwünscht, wolle unter A. A. 190 an d. Geschäftsstelle ds. Bl. schreiben.

Fahrpläne
für den Bezirk Calw
sind in der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 1 Mark erhältlich.

Weilderstadt.
Am Donnerstag, den 24. August ds. Js.
(Bartholomäus)

Krämer-, Pferde-, Vieh- u. Schweinemarkt.
Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse sind mitzubringen.
Stadtschultheißenamt.

Bezirks-Obstbauverein Calw.

Bestellungen auf Obstbäume zur Herbstpflanzung
wollen bis spätestens 31. August bei dem Unterzeichneten gemacht werden.
Der Kassier: J. Knecht.

Achtung! Nicht übersehen!
darf ein Geschäftsmann, daß es falsch ist, nur alle 3 Monate eine Anzeige über einen Artikel erscheinen zu lassen. In unserer raschlebigen Zeit wird beinahe jede Sache nur ganze kurze Zeit
im Gedächtnis behalten!

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw